



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

62. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 12. Dezember 2008

Nummer 35

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2022	6. 11. 2008	Achte Änderung der Satzung der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände.	767
2128	28. 10. 2008	Bekanntmachung des Staatsvertrages zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen.	754
311	28. 11. 2008	Verordnung zu Mitteilungen in Nachlasssachen an die die Testamentsverzeichnisse führenden Stellen und über den Inhalt der Testamentsverzeichnisse (BenachrichtigungsVO Nachlasssachen)	767
602	25. 11. 2008	Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die Haushaltsjahre 2009, 2010 und 2011 (EStGemAntV)	755
630 73	25. 11. 2008	Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	766
631	14. 11. 2008	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach den §§ 57 bis 59 der Landeshaushaltsordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	766

Seit 1. Januar 2007 ist die **CD-ROM** neu gestaltet und preisgünstiger.

Die CD-ROM wird jetzt als Doppel-CD „SGV. NRW. und SMBl. NRW.“ herausgegeben.

Sie enthält somit stets das gesamte Landesrecht und alle Verwaltungsvorschriften (Erlasse) auf dem aktuellen Stand.

Im Abonnement kostet diese Doppel-CD nicht mehr als früher eine Einzel-CD, nämlich nur 77 € pro Jahr.

Die aktuelle CD-ROM, Stand 1. Juli 2008, ist Mitte August erhältlich.

Das **Bestellformular** mit den Preisen befindet sich im **GV-Blatt 2006 Nr. 29, S. 472**.

Informationen zur CD-ROM finden Sie auch im Internet über das Portal: <http://sgv.im.nrw.de>.

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBl. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten**. Die Adresse ist: <http://sgv.im.nrw.de>. Hingewiesen wird auf die kostenlosen Angebote im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: <http://sgv.im.nrw.de>, dort: kostenlose Angebote.

2128

**Bekanntmachung
des Staatsvertrages zwischen dem Land
Baden-Württemberg und dem Land
Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit
der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
des Landes Baden-Württemberg
zum Versorgungswerk der Psychotherapeuten-
kammer Nordrhein-Westfalen**

Vom 28. Oktober 2008

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat in seiner Sitzung am 22. Oktober 2008 gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen zugestimmt.

Der Staatsvertrag wird nachfolgend bekannt gemacht.

Der Tag des Inkrafttretens des Staatsvertrages wird gemäß Artikel 8 Abs. 1 des Staatsvertrages gesondert bekannt gemacht.

Düsseldorf, den 28. Oktober 2008

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Stellvertreter
des Ministerpräsidenten

(L. S.) Prof. Dr. Andreas P i n k w a r t

Staatsvertrag

zwischen

dem Land Baden-Württemberg und dem
Land Nordrhein-Westfalen
über die Zugehörigkeit der Psychotherapeutinnen
und Psychotherapeuten
des Landes Baden-Württemberg zum
Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer
Nordrhein-Westfalen

Das Land Baden-Württemberg, vertreten durch den Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch die Ministerin für Arbeit und Soziales,

und das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Finanzminister,

schließen den nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

(1) Die Mitglieder der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg, die das 63. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Mitglieder des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer im Land Nordrhein-Westfalen.

(2) Die Ausnahmenvorschriften und Übergangsregelungen der Satzung des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen finden entsprechende Anwendung.

(3) Die Psychotherapeutenkammern von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wählen die gleiche Anzahl an Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen. Die Vertreter müssen Mitglieder des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen sein. Das Nähere bestimmen Wahlordnung und Satzung des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen.

Artikel 2

(1) Die Rechte und Pflichten der Mitglieder und sonstigen Leistungsberechtigten des Versorgungswerks nach Artikel 1 ergeben sich, soweit dieser Staatsvertrag keine

abweichenden Bestimmungen enthält, aus der Satzung des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen in seiner jeweils gültigen Fassung sowie aus den satzungsgemäß getroffenen Maßnahmen der zuständigen Organe.

(2) Bei der Berechnung von Antragsfristen und bei Stichtagsfristen nach der Satzung des Versorgungswerks ist für Mitglieder des Versorgungswerks nach Artikel 1 das Inkrafttreten dieses Staatsvertrages maßgebend.

Artikel 3

Die Vollstreckung von Verwaltungsakten des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen richtet sich im Land Baden-Württemberg nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Baden-Württemberg in der jeweils geltenden Fassung. Vollstreckungsbehörde ist das Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen.

Artikel 4

Das Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen kann von den zuständigen Behörden des Landes Baden-Württemberg Auskünfte über die Mitglieder und sonstigen Leistungsberechtigten einholen, soweit die Auskünfte für die Feststellung der Mitgliedschaft, sowie Art und Umfang der Beitragspflicht oder der Versorgungsleistung erforderlich sind.

Artikel 5

(1) Die vom Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen ausgeübte staatliche Aufsicht wird im Benehmen mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg wahrgenommen, soweit Belange der Mitglieder und sonstigen Leistungsberechtigten nach Artikel 1 berührt sein können. Das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg ist befugt, zu den Sitzungen des satzungsggebenden Organs des Versorgungswerks Vertreter zu entsenden.

(2) Das Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen leitet dem nach Absatz 1 Satz 1 zuständigen Ministerium des Landes Baden-Württemberg den geprüften Jahresabschluss nebst Lagebericht zu.

Artikel 6

Das Vermögen des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen soll entsprechend dem Anteil des Beitragsaufkommens der Mitglieder aus dem Land Baden-Württemberg am Gesamtbeitragsaufkommen des Versorgungswerks im Land Baden-Württemberg angelegt werden. Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Vermögensanlage bleiben unberührt.

Artikel 7

(1) Dieser Staatsvertrag kann von jedem vertragsschließenden Teil mit einer Frist von fünf Jahren zum Ablauf eines Kalenderjahres gekündigt werden, vor Ablauf von zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Staatsvertrages ist eine Kündigung ausgeschlossen. Abweichend von Satz 1 kann das Land Baden-Württemberg den Staatsvertrag mit einer Frist von einem Jahr kündigen, wenn die Regelungen des Heilberufsgesetzes Nordrhein-Westfalen zu den Versorgungseinrichtungen gegenüber der beim Inkrafttreten dieses Staatsvertrages geltenden Fassung wesentlich geändert werden. Eine wesentliche Änderung ist anzunehmen, wenn die Bestimmungen zur Aufgabe des Versorgungswerks, zur Mitgliedschaft und Beitragspflicht der Mitglieder oder zu den Leistungen des Versorgungswerks nicht nur unerheblich geändert werden.

(2) Im Falle der Kündigung des Versorgungswerks übernimmt ein durch das Land Baden-Württemberg innerhalb der Kündigungsfrist zu bestimmender Rechtsträger als Rechtsnachfolger die Mitglieder und sonstigen Leistungsberechtigten nach Artikel 1 Abs. 1 dieses Staatsvertrages. Dies gilt auch im Falle einer Auflösung des Versorgungswerks, wobei der Rechtsträger innerhalb

einer Frist von einem Jahr nach Beschluss der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen über die Auflösung des Versorgungswerks zu bestimmen ist. Auf diesen Rechtsträger gehen alle Rechte und Pflichten des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen gegenüber den übernommenen Mitgliedern und sonstigen Leistungsberechtigten über.

(3) Im Falle der Kündigung oder einer Auflösung des Versorgungswerks findet eine Auseinandersetzung des Vermögens nach versicherungsmathematischen Grundsätzen statt, wobei die im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung im technischen Geschäftsplan festgelegten Rechnungslegungsgrundlagen maßgebend sind. Das zu verteilende Vermögen ergibt sich aus einer Auseinandersetzungsbilanz, wobei Verkehrswerte zugrunde zu legen sind. Von der Summe der aktiven Vermögenswerte ist die Summe der nichtversicherungstechnischen Verbindlichkeiten abzuziehen. Das so ermittelte Vermögen ist nach dem Verhältnis der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten, die den ausscheidenden Mitgliederbestand betreffen, zu den versicherungstechnischen Verbindlichkeiten des verbleibenden Bestandes aufzuteilen; soweit nichtversicherungstechnische Verbindlichkeiten von dem Rechtsnachfolger übernommen werden, sind ihm die entsprechenden Deckungsmittel zu überlassen. Bei der Verteilung des Vermögens sind die im Land Baden-Württemberg angelegten Vermögenswerte auf Verlangen an den Rechtsnachfolger zu übertragen. Bei den übrigen Vermögenswerten ist das Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen berechtigt, Wertpapiere und Grundbesitz in Geldwert abzulösen.

(4) Die Auseinandersetzung des Vermögens bedarf der versicherungsaufsichtsrechtlichen Genehmigung durch das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Zuvor ist das Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg herzustellen.

Artikel 8

(1) Dieser Staatsvertrag tritt nach Zustimmung der verfassungsmäßig zuständigen Organe der vertragsschließenden Länder am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt.

(2) Die Satzung des Versorgungswerks der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen ist von diesem in der im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrages geltenden Fassung unter Hinweis auf den Staatsvertrag im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg bekannt zu geben.

Stuttgart, den 25. Juli 2008

Für das Land
Baden-Württemberg
Die Ministerin für Arbeit und Soziales
Dr. Monika S t o l z

Düsseldorf, den 13. Juni 2008

Für das Land
Nordrhein-Westfalen
Der Finanzminister
Dr. Helmut L i n s s e n

602

Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die Haushaltsjahre 2009, 2010 und 2011 (EStGemAntV)

Vom 25. November 2008

Auf Grund der §§ 2, 4, 5 und 6 Abs. 8 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2001 (BGBl. I S. 482), zuletzt geändert durch das Achte Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 31. Juli 2008 (BGBl. I S. 1626), wird verordnet:

§ 1

Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer

Der auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen entfallende Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird für die Haushaltsjahre 2009, 2010 und 2011 nach dem in der **Anlage 1** festgesetzten Schlüssel aufgeteilt.

Anlage 1

§ 2

Berichtigung bei fehlerhaftem Verteilungsschlüssel

(1) Ausgleichsbeträge nach § 4 Abs. 1 Gemeindefinanzreformgesetz werden nach Ergänzungsschlüsselzahlen errechnet. Ergänzungsschlüsselzahlen sind die in einer Dezimalzahl ausgedrückten Anteile der einzelnen Gemeinden an dem nach § 1 Gemeindefinanzreformgesetz auf die Gemeinden des Landes entfallenden Steueraufkommen, um die die in der Anlage 1 zu § 1 genannten Anteile zu hoch oder zu niedrig festgesetzt worden sind. Die Ergänzungsschlüsselzahlen sind auf acht Stellen hinter dem Komma zu berechnen und auf sieben Stellen zu runden.

(2) Die Ergänzungsschlüsselzahlen sind vom Innenministerium und vom Finanzministerium unter Berücksichtigung des § 3 Gemeindefinanzreformgesetz und der Verordnung des Bundesministers der Finanzen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 2009, 2010 und 2011 vom 16. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1927) festzusetzen.

(3) Der Ausgleich des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf Grund von Ergänzungsschlüsselzahlen ist zu den in § 3 Abs. 1 Satz 2 festgesetzten Terminen durchzuführen. Ausgleichsbeträge sind aus dem Gesamtbetrag des Gemeindeanteils vor der Aufteilung zu entnehmen, zurückzuzahlende Beträge sind dem Gesamtbetrag zuzuführen.

§ 3

Anweisungstermine

(1) Auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für die einzelnen Haushaltsjahre erhalten die Gemeinden Abschlagszahlungen. Diese sind im April, Juli und Oktober am jeweils letzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main vor Ultimo, im Dezember am vorletzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main vor dem 24. Dezember anzuweisen. Die Höhe der Abschlagszahlungen ist unter Berücksichtigung des vierteljährlichen Ist-Aufkommens an Lohnsteuer, veranlagter Einkommensteuer sowie des Aufkommens an Kapitalertragsteuer nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6, 7 und 8 bis 12 sowie Satz 2 des Einkommensteuergesetzes zu berechnen. Eine Vorauszahlung auf die Abrechnung ist im jeweils vierten Quartal in Höhe von 110 v. H. der Abschlagszahlung für das jeweils dritte Quartal anzuweisen.

(2) Die Zahlung oder Erstattung aus der Schlussabrechnung erfolgt am jeweils letzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main vor Ultimo im Januar des folgenden Haushaltsjahres.

§ 4

Berechnung und Anweisung

(1) Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach § 1, Ausgleichsbeträge nach § 2, Zahlungen nach § 3 und die Gewerbesteuerumlage sind vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zu berechnen.

(2) Das Innenministerium stellt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die anzuweisenden Beträge fest und regelt die Auszahlung an die Gemeinden.

Düsseldorf, den 25. November 2008

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
Der Ministerpräsident
Dr. Jürgen R ü t t g e r s

Der Finanzminister
Dr. Helmut L i n s s e n

§ 5

Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens
(Gewerbesteuerumlage)

Anlage 2

(1) Die Gemeinden melden dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zu den in **Anlage 2** festgesetzten Terminen die auf Grund von § 6 Gemeindefinanzreformgesetz anfallende Gewerbesteuerumlage des gesamten Kalenderjahres für die Abrechnung, der drei vorhergehenden Kalendervierteljahre für die Abschlagszahlungen sowie die jeweiligen Berechnungsgrundlagen der Gewerbesteuerumlage.

(2) Zu den in Anlage 2 festgesetzten Terminen haben die Gemeinden darüber hinaus dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zu melden, welcher Anteil des Gesamtbetrages nach Absatz 1 auf die Erhöhungszahlen nach § 6 Abs. 3 und 5 Gemeindefinanzreformgesetz entfällt.

(3) Die Gewerbesteuerumlage ist mit dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu verrechnen.

(4) Vorauszahlungen auf die Abrechnung sind im jeweils vierten Quartal zu den in § 3 Abs. 1 Satz 2 festgesetzten Terminen in Höhe der Abschlagszahlungen für das jeweils dritte Quartal zu leisten, jedoch nicht mehr, als der nach § 3 Abs. 1 Satz 4 jeweils anzuweisende Betrag.

(5) Die Abrechnung erfolgt zu dem in § 3 Abs. 2 Satz 1 festgesetzten Termin.

(6) Das Innenministerium und das Finanzministerium geben die anzuwendende Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz bekannt und regeln die Form der Meldungen nach Absatz 1 und 2.

Der Innenminister
Dr. Ingo W o l f

§ 6

Berichtigung der Gewerbesteuerumlage

(1) Zu erstattende Beträge oder nachzuzahlende Beträge, die sich durch eine fehlerhafte Meldung oder eine Änderung der Berechnungsgrundlagen ergeben, sind dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen unter Angabe der geänderten Berechnungsgrundlagen anzuzeigen. Die Meldungen sind bis zum 15. November, der auf die Feststellung der fehlerhaften Berechnung folgt, vorzulegen.

(2) Zu erstattende Beträge oder nachzuzahlende Beträge nach Absatz 1 werden im Rahmen der jährlichen Abrechnung für die Gewerbesteuerumlage ausgeglichen.

§ 7

Inkrafttreten, Befristung und Aufhebungen

(1) Die Verordnung tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Januar 2012 außer Kraft.

(2) Für den Fall, dass die Rechtsverordnung des Bundes nach § 3 Abs. 3 Gemeindefinanzreformgesetz, auf Grund derer die Schlüsselzahlen für die Haushaltsjahre 2012, 2013 und 2014 ermittelt werden, bis zum 30. April 2012 noch nicht in Kraft getreten ist, gilt diese Verordnung über den in Absatz 1 genannten Zeitpunkt hinaus für das Haushaltsjahr 2012. Die Abschlagszahlungen, die zu den in § 3 Abs. 1 Satz 2 festgesetzten Terminen fällig werden, sind mit der ersten ordentlichen Zahlung zu verrechnen.

(3) Die Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 vom 4. Juli 2006 (GV. NRW. S. 349) tritt mit Ablauf des 31. Januar 2009 außer Kraft.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**Schlüsselzahlen für die Jahre 2009 - 2011**

Amtlicher Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Schlüsselzahl
51110000	Düsseldorf, Stadt	0,0405852
51120000	Duisburg, Stadt	0,0228994
51130000	Essen, Stadt	0,0322536
51140000	Krefeld, Stadt	0,0128315
51160000	Mönchengladbach, Stadt	0,0138186
51170000	Mülheim an der Ruhr, Stadt	0,0105230
51190000	Oberhausen, Stadt	0,0106017
51200000	Remscheid, Stadt	0,0066536
51220000	Solingen, Stadt	0,0092858
51240000	Wuppertal, Stadt	0,0197781
53130000	Aachen, Stadt	0,0134526
53140000	Bonn, Stadt	0,0216558
53150000	Köln, Stadt	0,0620819
53160000	Leverkusen, Stadt	0,0099797
55120000	Bottrop, Stadt	0,0060431
55130000	Gelsenkirchen, Stadt	0,0109316
55150000	Münster, Stadt	0,0174985
57110000	Bielefeld, Stadt	0,0169385
59110000	Bochum, Stadt	0,0209391
59130000	Dortmund, Stadt	0,0288497
59140000	Hagen, Stadt	0,0097798
59150000	Hamm, Stadt	0,0077516
59160000	Herne, Stadt	0,0072580
51540040	Bedburg-Hau	0,0006494
51540080	Emmerich am Rhein, Stadt	0,0013017
51540120	Geldern, Stadt	0,0017787
51540160	Goch, Stadt	0,0015571
51540200	Issum	0,0006936
51540240	Kalkar, Stadt	0,0006312
51540280	Kerken	0,0007721
51540320	Kevelaer, Stadt	0,0013126
51540360	Kleve, Stadt	0,0022607
51540400	Kranenburg	0,0003616
51540440	Rees, Stadt	0,0010151
51540480	Rheurdt	0,0004075
51540520	Straelen, Stadt	0,0008188
51540560	Uedem	0,0003946
51540600	Wachtendonk	0,0004871
51540640	Weeze	0,0003752
51580040	Erkrath, Stadt	0,0034065
51580080	Haan, Stadt	0,0022103
51580120	Heiligenhaus, Stadt	0,0017463
51580160	Hilden, Stadt	0,0040739
51580200	Langenfeld (Rheinland), Stadt	0,0042608
51580240	Mettmann, Stadt	0,0027217
51580260	Monheim am Rhein, Stadt	0,0025598
51580280	Ratingen, Stadt	0,0070012
51580320	Velbert, Stadt	0,0051869
51580360	Wülfrath, Stadt	0,0014615
51620040	Dormagen, Stadt	0,0042447
51620080	Grevenbroich, Stadt	0,0040510
51620120	Jüchen	0,0013657

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
Schlüsselzahlen für die Jahre 2009 - 2011

Amtlicher Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Schlüsselzahl
51620160	Kaarst, Stadt	0,0032896
51620200	Korschenbroich, Stadt	0,0025683
51620220	Meerbusch, Stadt	0,0046337
51620240	Neuss, Stadt	0,0098193
51620280	Rommerskirchen	0,0008508
51660040	Brüggen	0,0009003
51660080	Grefrath	0,0009314
51660120	Kempen, Stadt	0,0023332
51660160	Nettetal, Stadt	0,0023503
51660200	Niederkrüchten	0,0008921
51660240	Schwalmtal	0,0011466
51660280	Tönisvorst, Stadt	0,0020942
51660320	Viersen, Stadt	0,0040296
51660360	Willich, Stadt	0,0034819
51700040	Alpen	0,0007945
51700080	Dinslaken, Stadt	0,0041221
51700120	Hamminkeln, Stadt	0,0014822
51700160	Hünxe	0,0009006
51700200	Kamp-Lintfort, Stadt	0,0016126
51700240	Moers, Stadt	0,0060353
51700280	Neukirchen-Vluyn, Stadt	0,0016153
51700320	Rheinberg, Stadt	0,0019767
51700360	Schermbach	0,0008101
51700400	Sonsbeck	0,0004498
51700440	Voerde (Niederrhein), Stadt	0,0020277
51700480	Wesel, Stadt	0,0031743
51700520	Xanten, Stadt	0,0011158
53540040	Alsdorf, Stadt	0,0019693
53540080	Baesweiler, Stadt	0,0012174
53540120	Eschweiler, Stadt	0,0027513
53540160	Herzogenrath, Stadt	0,002540
53540200	Monschau, Stadt	0,0006852
53540240	Roetgen	0,0006152
53540280	Simmerath	0,0008231
53540320	Stolberg (Rhld.), Stadt	0,0029536
53540360	Würselen, Stadt	0,0021829
53580040	Aldenhoven	0,0007104
53580080	Düren, Stadt	0,0041221
53580120	Heimbach, Stadt	0,0002161
53580160	Hürtgenwald	0,0005359
53580200	Inden	0,0004515
53580240	Jülich, Stadt	0,0020213
53580280	Kreuzau	0,0010920
53580320	Langerwehe	0,0008288
53580360	Linnich, Stadt	0,0007391
53580400	Merzenich	0,0005984
53580440	Nideggen, Stadt	0,0005779
53580480	Niederzier	0,0007825
53580520	Nörvenich	0,0006507
53580560	Titz	0,0005312
53580600	Vettweiß	0,0005148
53620040	Bedburg, Stadt	0,0014572

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**Schlüsselzahlen für die Jahre 2009 - 2011**

Amtlicher Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Schlüsselzahl
53620080	Bergheim, Stadt	0,0035944
53620120	Brühl, Stadt	0,0028378
53620160	Elsdorf	0,0013006
53620200	Erftstadt, Stadt	0,0034505
53620240	Frechen, Stadt	0,0032733
53620280	Hürth, Stadt	0,0037461
53620320	Kerpen, Stadt	0,0039608
53620360	Pulheim, Stadt	0,0042669
53620400	Wesseling, Stadt	0,0021076
53660040	Bad Münstereifel, Stadt	0,0010393
53660080	Blankenheim	0,0003826
53660120	Dahlem	0,0001933
53660160	Euskirchen, Stadt	0,0030205
53660200	Hellenthal	0,0003951
53660240	Kall	0,0005815
53660280	Mechernich, Stadt	0,0014868
53660320	Nettersheim	0,0004116
53660360	Schleiden, Stadt	0,0006645
53660400	Weilerswist	0,0010522
53660440	Zülpich, Stadt	0,0010826
53700040	Erkelenz, Stadt	0,0024757
53700080	Gangelt	0,0004787
53700120	Geilenkirchen, Stadt	0,0013349
53700160	Heinsberg, Stadt	0,0018459
53700200	Hückelhoven, Stadt	0,0015612
53700240	Selfkant	0,0003484
53700280	Übach-Palenberg, Stadt	0,0010413
53700320	Waldfeucht	0,0003967
53700360	Wassenberg, Stadt	0,0007704
53700400	Wegberg, Stadt	0,0016805
53740040	Bergneustadt, Stadt	0,0009656
53740080	Engelskirchen	0,0011964
53740120	Gummersbach, Stadt	0,0027338
53740160	Hückeswagen, Stadt	0,0009371
53740200	Lindlar	0,0013467
53740240	Marienheide	0,0007692
53740280	Morsbach	0,0005058
53740320	Nümbrecht	0,0008917
53740360	Radevormwald, Stadt	0,0013896
53740400	Reichshof	0,0010087
53740440	Waldbröl, Stadt	0,0008046
53740480	Wiehl, Stadt	0,0015948
53740520	Wipperfürth, Stadt	0,0013591
53780040	Bergisch Gladbach, Stadt	0,0079811
53780080	Burscheid, Stadt	0,0012819
53780120	Kürten	0,0013262
53780160	Leichlingen (Rheinland), Stadt	0,0019883
53780200	Odenthal	0,0012928
53780240	Overath, Stadt	0,0018039
53780280	Rösrath, Stadt	0,0020567
53780320	Wermelskirchen, Stadt	0,0023539
53820040	Alfter	0,0016334

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
Schlüsselzahlen für die Jahre 2009 - 2011

Amtlicher Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Schlüsselzahl
53820080	Bad Honnef, Stadt	0,0017206
53820120	Bornheim, Stadt	0,0033271
53820160	Eitorf	0,0009857
53820200	Hennef (Sieg), Stadt	0,0028436
53820240	Königswinter, Stadt	0,0029241
53820280	Lohmar, Stadt	0,0021302
53820320	Meckenheim, Stadt	0,0018509
53820360	Much	0,0008946
53820400	Neunkirchen-Seelscheid	0,0013674
53820440	Niederkassel, Stadt	0,0025069
53820480	Rheinbach, Stadt	0,0017358
53820520	Ruppichteroth	0,0005613
53820560	Sankt Augustin, Stadt	0,0037579
53820600	Siegburg, Stadt	0,0023732
53820640	Swisttal	0,0011747
53820680	Troisdorf, Stadt	0,0044919
53820720	Wachtberg	0,0015128
53820760	Windeck	0,0008723
55540040	Ahaus, Stadt	0,0017877
55540080	Bocholt, Stadt	0,0038124
55540120	Borken, Stadt	0,0020303
55540160	Gescher, Stadt	0,0007527
55540200	Gronau (Westf.), Stadt	0,0018262
55540240	Heek	0,0003370
55540280	Heiden	0,0004179
55540320	Isselburg, Stadt	0,0005171
55540360	Legden	0,0002867
55540400	Raesfeld	0,0005980
55540440	Reken	0,0007454
55540480	Rhede, Stadt	0,0010078
55540520	Schöppingen	0,0002729
55540560	Stadtlohn, Stadt	0,0009677
55540600	Südlohn	0,0003984
55540640	Velen	0,0006072
55540680	Vreden, Stadt	0,0010181
55580040	Ascheberg	0,0008753
55580080	Billerbeck, Stadt	0,0006445
55580120	Coesfeld, Stadt	0,0019255
55580160	Dülmen, Stadt	0,0025437
55580200	Havixbeck	0,0007273
55580240	Lüdinghausen, Stadt	0,0013247
55580280	Nordkirchen	0,0005783
55580320	Nottuln	0,0012466
55580360	Olfen, Stadt	0,0006494
55580400	Rosendahl	0,0005133
55580440	Senden	0,0012002
55620040	Castrop-Rauxel, Stadt	0,0037908
55620080	Datteln, Stadt	0,0017077
55620120	Dorsten, Stadt	0,0043354
55620140	Gladbeck, Stadt	0,0034934
55620160	Haltern am See, Stadt	0,0023934
55620200	Herten, Stadt	0,0029724

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**Schlüsselzahlen für die Jahre 2009 - 2011**

Amtlicher Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Schlüsselzahl
55620240	Marl, Stadt	0,0044269
55620280	Oer-Erkenschwick, Stadt	0,0014007
55620320	Recklinghausen, Stadt	0,0061420
55620360	Waltrop, Stadt	0,0016133
55660040	Altenberge	0,0006433
55660080	Emsdetten, Stadt	0,0018428
55660120	Greven, Stadt	0,0018795
55660160	Hörstel, Stadt	0,0009086
55660200	Hopsten	0,0003167
55660240	Horstmar, Stadt	0,0003095
55660280	Ibbenbüren, Stadt	0,0023817
55660320	Ladbergen	0,0003395
55660360	Laer	0,0003574
55660400	Lengerich, Stadt	0,0011037
55660440	Lienen	0,0004693
55660480	Lotte	0,0006991
55660520	Metelen	0,0002895
55660560	Mettingen	0,0005785
55660600	Neuenkirchen	0,0006474
55660640	Nordwalde	0,0004728
55660680	Ochtrup, Stadt	0,0009034
55660720	Recke	0,0004902
55660760	Rheine, Stadt	0,0034325
55660800	Saerbeck	0,0003630
55660840	Steinfurt, Stadt	0,0017153
55660880	Tecklenburg, Stadt	0,0005317
55660920	Westerkappeln	0,0005629
55660960	Wettringen	0,0003660
55700040	Ahlen, Stadt	0,0022607
55700080	Beckum, Stadt	0,0019052
55700120	Beelen	0,0002914
55700160	Drensteinfurt, Stadt	0,0009488
55700200	Ennigerloh, Stadt	0,0010432
55700240	Everswinkel	0,0005784
55700280	Oelde, Stadt	0,0017101
55700320	Ostbevern	0,0005332
55700360	Sassenberg, Stadt	0,0006873
55700400	Sendenhorst, Stadt	0,0007594
55700440	Telgte, Stadt	0,0011706
55700480	Wadersloh	0,0006606
55700520	Warendorf, Stadt	0,0020384
57540040	Borgholzhausen, Stadt	0,0004685
57540080	Gütersloh, Stadt	0,0056042
57540120	Halle (Westf.), Stadt	0,0012454
57540160	Harsewinkel, Stadt	0,0012538
57540200	Herzebrock-Clarholz	0,0009096
57540240	Langenberg	0,0004163
57540280	Rheda-Wiedenbrück, Stadt	0,0025229
57540320	Rietberg, Stadt	0,0014406
57540360	Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	0,0014853
57540400	Steinhagen	0,0012355
57540440	Verl	0,0014321

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
Schlüsselzahlen für die Jahre 2009 - 2011

Amtlicher Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Schlüsselzahl
57540480	Versmold, Stadt	0,0010788
57540520	Werther (Westf.), Stadt	0,0006941
57580040	Bünde, Stadt	0,0024542
57580080	Enger, Stadt	0,0011369
57580120	Herford, Stadt	0,0033462
57580160	Hiddenhausen	0,0011626
57580200	Kirchlengern	0,0008895
57580240	Löhne, Stadt	0,0021410
57580280	Rödinghausen	0,0005796
57580320	Spence, Stadt	0,0008735
57580360	Vlotho, Stadt	0,0010992
57620040	Bad Driburg, Stadt	0,0008404
57620080	Beverungen, Stadt	0,0005605
57620120	Borgentreich, Stadt	0,0003960
57620160	Brakel, Stadt	0,0007096
57620200	Höxter, Stadt	0,0014393
57620240	Marienmünster, Stadt	0,0002208
57620280	Nieheim, Stadt	0,0002676
57620320	Steinheim, Stadt	0,0005824
57620360	Warburg, Stadt	0,0011785
57620400	Willebadessen, Stadt	0,0003202
57660040	Augustdorf	0,0003502
57660080	Bad Salzuflen, Stadt	0,0027414
57660120	Barntrup, Stadt	0,0004242
57660160	Blomberg, Stadt	0,0008697
57660200	Detmold, Stadt	0,0039729
57660240	Dörentrup	0,0003949
57660280	Extertal	0,0005821
57660320	Horn-Bad Meinberg, Stadt	0,0008153
57660360	Kalletal	0,0006776
57660400	Lage, Stadt	0,0016813
57660440	Lemgo, Stadt	0,0021062
57660480	Leopoldshöhe	0,0009018
57660520	Lügde, Stadt	0,0004575
57660560	Oerlinghausen, Stadt	0,0010768
57660600	Schieder-Schwalenberg, Stadt	0,0004133
57660640	Schlangen	0,0004495
57700040	Bad Oeynhausen, Stadt	0,0026642
57700080	Espelkamp, Stadt	0,0008747
57700120	Hille	0,0009123
57700160	Hüllhorst	0,0006927
57700200	Lübbecke, Stadt	0,0013789
57700240	Minden, Stadt	0,0041338
57700280	Petershagen, Stadt	0,0013208
57700320	Porta Westfalica, Stadt	0,0019571
57700360	Preußisch Oldendorf, Stadt	0,0006150
57700400	Rahden, Stadt	0,0007564
57700440	Stemwede	0,0006943
57740040	Altenbeken	0,0004414
57740080	Bad Lippspringe, Stadt	0,0006874
57740120	Borchen	0,0007299
57740160	Büren, Stadt	0,0010371

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**Schlüsselzahlen für die Jahre 2009 - 2011**

Amtlicher Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Schlüsselzahl
57740200	Delbrück, Stadt	0,0014555
57740240	Hövelhof	0,0008019
57740280	Lichtenau, Stadt	0,0005213
57740320	Paderborn, Stadt	0,0073545
57740360	Salzkotten, Stadt	0,0012770
57740400	Bad Wünnenberg, Stadt	0,0005431
59540040	Breckerfeld, Stadt	0,0006057
59540080	Ennepetal, Stadt	0,0019585
59540120	Gevensberg, Stadt	0,0019247
59540160	Hattingen, Stadt	0,0033432
59540200	Herdecke, Stadt	0,0017725
59540240	Schwelm, Stadt	0,0017021
59540280	Sprockhövel, Stadt	0,0018858
59540320	Wetter (Ruhr), Stadt	0,0018011
59540360	Witten, Stadt	0,0056188
59580040	Arnsberg, Stadt	0,0040888
59580080	Bestwig	0,0005675
59580120	Brilon, Stadt	0,0013449
59580160	Eslohe (Sauerland)	0,0004696
59580200	Hallenberg, Stadt	0,0002138
59580240	Marsberg, Stadt	0,0009880
59580280	Medebach, Stadt	0,0003526
59580320	Meschede, Stadt	0,0017035
59580360	Olsberg, Stadt	0,0007722
59580400	Schmallenberg, Stadt	0,0012122
59580440	Sundern (Sauerland), Stadt	0,0015258
59580480	Winterberg, Stadt	0,0006250
59620040	Altena, Stadt	0,0011369
59620080	Balve, Stadt	0,0007034
59620120	Halver, Stadt	0,0010707
59620160	Hemer, Stadt	0,0019469
59620200	Herscheid	0,0005273
59620240	Iserlohn, Stadt	0,0051185
59620280	Kierspe, Stadt	0,0009686
59620320	Lüdenscheid, Stadt	0,0045154
59620360	Meinerzhagen, Stadt	0,0012128
59620400	Menden (Sauerland), Stadt	0,0029318
59620440	Nachrodt-Wiblingwerde	0,0003919
59620480	Neuenrade, Stadt	0,0007452
59620520	Plettenberg, Stadt	0,0017040
59620560	Schalksmühle	0,0007794
59620600	Werdohl, Stadt	0,0010016
59660040	Attendorn, Stadt	0,0015258
59660080	Drolshagen, Stadt	0,0007268
59660120	Finnentrop	0,0009604
59660160	Kirchhundem	0,0006746
59660200	Lennestadt, Stadt	0,0014442
59660240	Olpe, Stadt	0,0015428
59660280	Wenden	0,0011255
59700040	Bad Berleburg, Stadt	0,0011355
59700080	Burbach	0,0007804
59700120	Erndtebrück	0,0004556

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
Schlüsselzahlen für die Jahre 2009 - 2011

Amtlicher Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Schlüsselzahl
59700160	Freudenberg, Stadt	0,0010679
59700200	Hilchenbach, Stadt	0,0009586
59700240	Kreuztal, Stadt	0,0016665
59700280	Bad Laasphe, Stadt	0,0008128
59700320	Netphen, Stadt	0,0014534
59700360	Neunkirchen	0,0007048
59700400	Siegen, Stadt	0,0053201
59700440	Wilnsdorf	0,0013425
59740040	Anröchte	0,0005513
59740080	Bad Sassendorf	0,0005522
59740120	Ense	0,0006910
59740160	Erwitte, Stadt	0,0008725
59740200	Geseke, Stadt	0,0009348
59740240	Lippetal	0,0006101
59740280	Lippstadt, Stadt	0,0037330
59740320	Möhnesee	0,0006528
59740360	Rüthen, Stadt	0,0006071
59740400	Soest, Stadt	0,0024638
59740440	Warstein, Stadt	0,0015348
59740480	Welter	0,0006799
59740520	Werl, Stadt	0,0014017
59740560	Wickede (Ruhr)	0,0005804
59780040	Bergkamen, Stadt	0,0020970
59780080	Bönen	0,0008150
59780120	Fröndenberg/Ruhr, Stadt	0,0012513
59780160	Holzwickede	0,0010958
59780200	Kamen, Stadt	0,0023343
59780240	Lünen, Stadt	0,0037216
59780280	Schwerte, Stadt	0,0029582
59780320	Selm, Stadt	0,0013118
59780360	Unna, Stadt	0,0035103
59780400	Werne, Stadt	0,0017435
	NRW	1,0000000

Die Gewerbesteuerumlage ist für die Haushaltsjahre 2009, 2010 und 2011 bis zu den folgenden Terminen dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen zu melden:

Haushaltsjahr 2009

Abschlagszahlungen für das	
1. Quartal am	7. April 2009
2. Quartal am	7. Juli 2009
3. Quartal am	6. Oktober 2009
Schlussabrechnung am	7. Januar 2010

Haushaltsjahr 2010

Abschlagszahlungen für das	
1. Quartal am	6. April 2010
2. Quartal am	6. Juli 2010
3. Quartal am	5. Oktober 2010
Schlussabrechnung am	7. Januar 2011

Haushaltsjahr 2011

Abschlagszahlungen für das	
1. Quartal am	5. April 2011
2. Quartal am	5. Juli 2011
3. Quartal am	6. Oktober 2011
Schlussabrechnung am	9. Januar 2012

631

**Erste Verordnung zur Änderung
der Verordnung zur Übertragung
von Befugnissen nach den
§§ 57 bis 59 der Landeshaushaltsordnung
im Geschäftsbereich des
Ministeriums für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie**

Vom 14. November 2008

Aufgrund der §§ 57 Satz 2, 58 Abs. 1 Satz 2 und 59 Abs. 1 Satz 2 Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 443), wird – soweit erforderlich mit Einwilligung des Finanzministeriums – verordnet:

Artikel 1

§ 7 der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach den §§ 57 bis 59 der Landeshaushaltsordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie vom 11. Februar 2008 (GV. NRW. S. 156) wird wie folgt geändert:

1. Die Wörter „soweit ihr die Abwicklung von Förderprogrammen übertragen ist“ werden durch die Wörter „soweit sie Landesaufgaben für das Ministerium wahrnimmt“ ersetzt.
2. Der Nummer 1 wird folgende neue Nummer 1 vorangestellt:
„1. Vergleiche gemäß § 58 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 LHO abzuschließen oder die Zustimmung zu gerichtlichen oder außergerichtlichen Schuldenbereinigungen nach dem Neunten Teil der Insolvenzordnung zu erteilen, soweit ein Gesamtbetrag von 50.000 Euro im Einzelfall nicht überschritten wird,“.
3. Die bisherigen Nummern 1 bis 3 werden zu den Nummern 2 bis 4.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 14. November 2008

Der Minister
für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Andreas P i n k w a r t

– GV. NRW. 2008 S. 766

630

73

**Verordnung zur Änderung
der Befristung
von Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich
des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand
und Energie**

Vom 25. November 2008

630

Artikel 1

Auf Grund des § 106 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2546) und des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 18. November

2008 (GV. NRW. S. 706), verordnet die Landesregierung nach Anhörung des fachlich zuständigen Ausschusses des Landtags:

Die Verordnung über Einrichtung und Zuständigkeit der Vergabekammern im Nachprüfungsverfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge (Zuständigkeitsverordnung Nachprüfungsverfahren – ZuStVO NpV NRW) vom 23. Februar 1999 (GV. NRW. S. 46), geändert durch Artikel 117 des Vierten Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 332), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 4 Satz 3 werden die Wörter „Angestellte bzw. Angestellter“ durch die Wörter „Regierungsbeschäftigte bzw. Regierungsbeschäftigter“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 5 Satz 2 und Abs. 8 Satz 1 werden die Wörter „des/dem Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr“ durch die Wörter „des/dem für Wirtschaft zuständigen Ministeriums/Ministerium“ ersetzt.
3. In § 2 Abs. 8 Satz 1 werden die Wörter „Ministerium für Inneres und Justiz“ durch das Wort „Innenministerium“ ersetzt.
4. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Das für Wirtschaft zuständige Ministerium berichtet der Landesregierung bis zum 31. Dezember 2013 und danach alle fünf Jahre über die Erfahrungen mit dieser Verordnung.“

73

Artikel 2

Auf Grund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 18. November 2008 (GV. NRW. S. 706), verordnet die Landesregierung nach Anhörung des fachlich zuständigen Ausschusses des Landtags:

Die Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Landesbehörde für Wirtschaft nach § 43 Absatz 5 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 11. Juli 1962 (GV. NRW. S. 432) wird aufgehoben.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 25. November 2008

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
Der Ministerpräsident
Dr. Jürgen R ü t t g e r s

Für die
Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
der Finanzminister
Dr. Helmut L i n s s e n

– GV. NRW. 2008 S. 766

311

**Verordnung
zu Mitteilungen in Nachlasssachen
an die die Testamentsverzeichnisse
führenden Stellen und über den Inhalt
der Testamentsverzeichnisse
(BenachrichtigungsVO Nachlasssachen)**

Vom 28. November 2008

Auf Grund des § 82a Abs. 6 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) vom 17. Mai 1898 (RGBl. S. 189) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGBl. S. 771), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026), wird verordnet:

§ 1

Art und Umfang der Mitteilungen

(1) Die Mitteilungen nach § 34a Abs. 1 des Beurkundungsgesetzes (BeurkG), § 82a Abs. 4 Satz 1 und 2, Abs. 5, § 82b Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 FGG enthalten:

1. den Geburtsnamen, die Vornamen und den Familiennamen der Erblasserin oder des Erblassers,
2. den Geburtstag und den Geburtsort; zusätzlich – soweit nach Befragen möglich – die Postleitzahl des Geburtsortes, die Gemeinde und den Kreis, das für den Geburtsort zuständige Standesamt und die Geburtenregisternummer,
3. die Art der letztwilligen Verfügung,
4. das Datum der Inverwahrnahme und die Geschäftsnummer bzw. die Urkundsnummer der verwahrenden Stelle.

(2) Bei einem gemeinschaftlichen Testament oder einem Erbvertrag sind für sämtliche Erblasserinnen und Erblasser getrennte Mitteilungen zu erstatten.

(3) Für die Mitteilungen sind die amtlichen Vordrucke zu verwenden, die von den Landesjustizverwaltungen im Benehmen mit den Innenverwaltungen bundeseinheitlich festgelegt werden.

§ 2

Inhalt der Testamentsverzeichnisse, Lösungsfristen

(1) Die Testamentsverzeichnisse umfassen:

1. die Mitteilungen der Gerichte und der Notariate nach § 34a des Beurkundungsgesetzes (BeurkG) und nach § 82a Abs. 4 und 5, § 82b FGG,
2. die Mitteilungen der Geburtsstandesämter nach § 57 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (PStV).

(2) Die Testamentsverzeichnisse sind vertraulich zu behandeln. Erst nach dem Tod der Erblasserin bzw. des Erblassers darf Dritten über eine Eintragung oder das Fehlen einer Eintragung Auskunft erteilt werden.

(3) Die Eintragung ist nach dem Tod der Erblasserin bzw. des Erblassers fünf Jahre zu speichern und anschließend zu löschen. Im Falle einer Todeserklärung oder der gerichtlichen Feststellung der Todeszeit ist die Eintragung 30 Jahre von dem festgestellten Zeitpunkt des Todes an zu speichern und anschließend zu löschen.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Das Justizministerium berichtet der Landesregierung bis zum 31. Dezember 2013 über die Notwendigkeit des Fortbestehens dieser Verordnung.

Düsseldorf, den 28. November 2008

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
Der Ministerpräsident
Dr. Jürgen Rüttgers

Die Justizministerin
Roswitha Müller-Piepenkötter

– GV. NRW. 2008 S. 767

2022

**Achte Änderung der Satzung
der Rheinischen Zusatzversorgungskasse
für Gemeinden und Gemeindeverbände**

Vom 6. November 2008

Aufgrund des § 13 Abs. 1 und Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen – VKZVKG – hat der Kassenausschuss in der Sitzung am 6. November 2008 wie folgt beschlossen:

Die Satzung der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände vom 29. Oktober 2002 (GV. NRW. S. 540), zuletzt geändert durch die Siebte Satzungsänderung vom 14. Mai 2008 (GV. NRW. S. 627), wird wie folgt geändert:

I.

1. Nach § 64 wird folgender § 64a angefügt:

„§ 64a

Mitgliedsbezogene Flexibilisierung
der Finanzierung

(1) ¹Strebt ein Mitglied den Wechsel vom Abrechnungsverband I in den Abrechnungsverband II an (§ 55 Abs. 1a), so kann vereinbart werden, dass alle neu eingestellten Beschäftigten im Abrechnungsverband II angemeldet werden. ²Die Verpflichtung zur Zahlung der Umlage und des Sanierungsgeldes bleibt in der zuletzt zu zahlenden Höhe – unter Berücksichtigung der linearen Entgeltsteigerungsrate – solange bestehen, bis der aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelte Ausgleichsbetrag dem Abrechnungsverband I zugeflossen ist.

(2) ¹Mit Mitgliedern im Abrechnungsverband I kann vereinbart werden, dass für künftige Anwartschaftszuwächse im Versichertenbestand eine in Teilen kapitalgedeckte Finanzierung zusätzlich im Abrechnungsverband II erfolgt. ²Die aus dem Abrechnungsverband II zustehenden Leistungen werden bei der jährlichen Abrechnung der Umlage und des Sanierungsgeldes umlage- bzw. sanierungsgeldmindernd berücksichtigt.“

2. § 68 erhält folgende neue Fassung:

„§ 68

Überschussbeteiligung

Die Beteiligung an den Überschüssen und deren Zuteilung richtet sich nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die freiwillige Versicherung im Anhang zur Satzung.“

3. Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) für die freiwillige Versicherung über die RZVK-Zusatzrente werden wie folgt geändert:

- 3.1. In D.2. wird in den AVB, deren Fassungen bis zum 31. Dezember 2007 gültig waren und ebenso in den ab 1. Januar 2008 geltenden AVB hinter dem ersten Absatz folgender neuer Absatz eingefügt:

„Die Erwerbsminderungsrente reduziert sich entsprechend den Abschlägen in der gesetzlichen Ren-

tenversicherung für jeden Monat des Rentenbezugs vor Vollendung des 63. Lebensjahres um 0,3 v.H., höchstens jedoch um 10,8 v.H.“

- 3.2 D.3., fünftletzter Absatz erhält für die AVB, deren Fassungen bis zum 31. Dezember 2007 gültig waren und ebenso für die ab 1. Januar 2008 geltenden AVB folgende Fassung:

„Zusätzliche Bonuspunkte

An den Überschüssen aus dem Abrechnungsverband der freiwilligen Versicherung werden die Versicherten durch zusätzliche Bonuspunkte beteiligt, soweit die Versorgungspunkte nicht schon Grundlage einer Rentenleistung sind. Für die Zuteilung der Bonuspunkte kommen alle am Ende des laufenden Geschäftsjahres freiwillig Versicherten einschließlich der beitragsfrei Versicherten in Betracht. Diese Überschüsse werden im Rahmen der satzungsrechtlich vorgeschriebenen versicherungstechnischen Bilanz jährlich bis zum Jahresende für das vorangegangene Geschäftsjahr unter Beachtung einer angemessenen Kapitalausstattung u.a. im Hinblick auf Solvabilität, Stresstests und Rechnungsgrundlagen festgestellt und zugeteilt. Über die Zuteilung der Bonuspunkte entscheidet der Kassenausschuss auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars. Eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) erfolgt nicht.“

4. Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) für die freiwillige Versicherung über die RZVK-Zusatzrente (Entgeltumwandlung) werden wie folgt geändert:

D.2., letzter Absatz erhält für die AVB, deren Fassungen bis zum 31. Dezember 2007 gültig waren und ebenso für die ab 1. Januar 2008 geltenden AVB folgende Fassung:

„Zusätzliche Bonuspunkte

An den Überschüssen aus dem Abrechnungsverband der freiwilligen Versicherung werden die Versicherten durch zusätzliche Bonuspunkte beteiligt, soweit die Versorgungspunkte nicht schon Grundlage einer Rentenleistung sind. Für die Zuteilung der Bonuspunkte kommen alle am Ende des laufenden Geschäftsjahres freiwillig Versicherten einschließlich der beitragsfrei Versicherten in Betracht. Diese Überschüsse werden im Rahmen der satzungsrechtlich vorgeschriebenen versicherungstechnischen Bilanz jährlich bis zum Jahresende für das vorangegangene Geschäftsjahr unter Beachtung einer angemessenen Kapitalausstattung u.a. im Hinblick auf Solvabilität, Stresstests und Rechnungsgrundlagen festgestellt und zugeteilt. Über die Zuteilung der Bonuspunkte entscheidet der Kassenausschuss auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars. Eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) erfolgt nicht.“

II.

Inkrafttreten

Diese Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft. Abweichend hiervon tritt I. Nr. 1 mit Wirkung vom 6. November 2008 in Kraft.

Köln, den 6. November 2008

Reinhard K ö n i n g s

Vorsitzender des Kassenausschusses

Jörg B o i s

Schriftführer

Die vorstehende Achte Änderung der Satzung der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände hat das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen mit Datum vom 14. November 2008 – 31-45.02.04/01-3-3649/08 – angenommen. Sie wird nach § 21 des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen – VKZVKG – bekannt gemacht.

Köln, den 4. Dezember 2008

Rheinische Zusatzversorgungskasse
für Gemeinden und Gemeindeverbände

Der Leiter der Kasse

Harry K. V o i g t s b e r g e r

– GV. NRW. 2008 S. 767

Einzelpreis dieser Nummer 2,70 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359